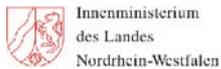
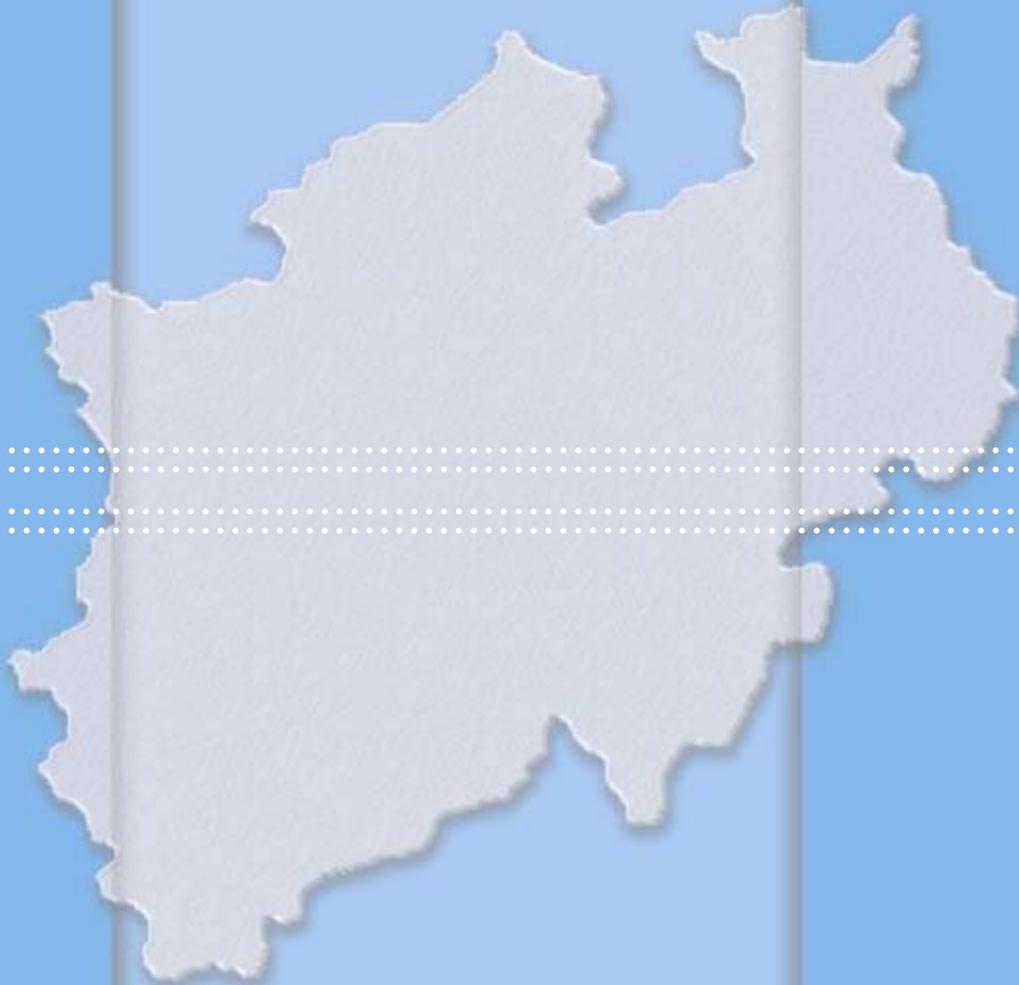


Gemeinsame Ziele?

Ansätze und Perspektiven der Zusammenarbeit von rechten, linken und islamistischen Extremisten



Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Im August 2003
www.im.nrw.de/verfassungsschutz



Extremistische Gruppierungen oder Parteien sind im Allgemeinen nicht nur dafür bekannt, mit den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systemen unzufrieden zu sein und sie beseitigen zu wollen. Sie zeichnen sich in der Regel auch dadurch aus, dass sie Ideologien, die nicht mit ihren eigenen übereinstimmen, fanatisch ablehnen und bekämpfen. Insofern mag es überraschen, dass insbesondere während des Irak-Krieges Versuche von Extremisten bekannt wurden, mit ideologischen Gegnern Kontakt aufzunehmen, sich an deren Aktivitäten zu beteiligen oder zumindest davon zu profitieren. Betroffen sind alle extremistischen Spielarten, Rechts- und Linksextremismus ebenso wie islamistischer Extremismus. Alle weisen Gemeinsamkeiten auf und werden doch gleichzeitig von tiefen ideologischen Gräben getrennt.

Ansätze und Perspektiven

Am 27. Oktober 2002 fand in Berlin eine Vortragsveranstaltung der inzwischen vom Bundesinnenminister verbotenen islamistischen Gruppe 'Hizb ut-Tahrir' (Islamische Befreiungspartei) statt. Thema: "Der Irak – ein neuer Krieg und die Folgen". Diese Veranstaltung wäre vermutlich in der Öffentlichkeit ohne größere Resonanz geblieben, wenn nicht der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und Horst Mahler, der damalige Prozessbevollmächtigte der NPD im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, unter den Gästen gewesen wären. Was aber verbindet eine Gruppierung, die einen Kalifatstaat errichten möchte und den Jihad – in der Bedeutung eines bewaffneten Kampfes – als probates Mittel zur Verbreitung des Islam ansieht, mit einer Partei, die aggressiv fremdenfeindliche Parolen verbreitet und sich zu einem völkischen Kollektivismus bekennt? Es ist möglicherweise nur ein einziger ideologischer Teilaspekt, der politisch verfeindete oder einander ideologisch fremde extremistische Strömungen verbindet. Die Hoffnung, gemeinschaftlich eigene Ziele besser und schneller erreichen zu können, kann ein Anreiz sein, ein strategisches Bündnis über Gegensätze hinweg anzustreben.

Die geschichtlichen Wurzeln solcher Bündnisse liegen in den letzten Monaten der Weimarer Demokratie. Reichskanzler Kurt von Schleicher versuchte in seiner kurzen Amtszeit von Dezember 1932 bis Januar 1933 vergeblich, durch ein Bündnis aus Deutschnationalen, Gewerkschaftern und dem Strasser-Flügel der NSDAP eine tragfähige Mehrheit im Reichstag zu bilden und damit die Machtübernahme Hitlers zu verhindern. Er scheiterte letztlich am Widerstand der Parteiführungen von SPD und NSDAP und an der Ablehnung seines Vorhabens durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.

Punktuelle Gemeinsamkeiten

Heute sind es vor allem Themen wie der israelisch-palästinensische Konflikt, Afghanistan, die Kurden-Problematik, die weltwirtschaftliche Entwicklung und der Irak-Krieg, die Vertreter unterschiedlicher Varianten des Extremismus veranlassen können, das Einende über das Trennende zu stellen, entsprechende Bündnisse auszuloten und diese öffentlichkeitswirksam vorzuzeigen.

Ziel derartiger Kooperationen ist es, die herkömmliche Konfrontation zwischen gegensätzlichen ideologischen oder politischen Strömungen in den Hintergrund zu rücken und durch Zusammenarbeit den gemeinsamen Gegner – etwa die politische Mitte – wirkungsvoller zu attackieren. Ihr Ziel ist es außerdem, durch die Beteiligung an gesamtgesellschaftlichen Diskussionen eine größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erregen. Mögliche Ansatzpunkte für Bündnisse sind der Kampf gegen gemeinsame Feinde oder auch ideologische Überschneidungen verschiedener Varianten des Extremismus. Allen extremistischen Strömungen – ob islamistisch, rechts- oder linksextremistisch – gemeinsam sind in der Regel die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Feindbilder "Kapitalismus", "USA-Imperialismus" und "Glo-

balisierung". Nicht selten bilden auch "die Juden" und der Staat Israel in Verbindung mit den USA als dessen Schutzmacht ein gemeinsames Feindbild.

Einig nur in der Ablehnung

Die Unvereinbarkeiten der Ideologien überwiegen jedoch die punktuellen Gemeinsamkeiten. Einigkeit herrscht in erster Linie in der Ablehnung anderer, die Vorstellungen über das anzustrebende Gemeinwesen gehen jedoch weit auseinander. Das Überdecken ideologischer Widersprüche führt zwangsläufig dazu, dass eigene ideologische Positionen zurückgestellt werden müssen. Bündnisversuche mit anderen, "feindlichen" Extremisten kosten zudem häufig Akzeptanz und Anhänger im eigenen Lager und isolieren die Initiatoren (Sektierertum). Bestimmte ideologische Gegensätze schließen sich prinzipiell aus und lassen sich auch nicht überdecken: Extremisten, die den Rassismus bekämpfen, wird es schwer fallen, sich mit rassistisch motivierten Befreiungsnationalisten zu verbünden. Bekennende Antifaschisten werden kaum mit von faschistischer Ideologie beeinflussten Extremisten zusammenarbeiten. Dem Islam sind Rassismus, Materialismus und Klassenkampf fremd; kein überzeugter Islamist würde sich mit nach seiner Auffassung moralisch verkommenen, gottlosen Nicht-Muslimen verbünden, er lehnt sowohl den Kapitalismus als auch den Sozialismus ab. Ebenso schwer vorstellbar ist ein Bündnis zwischen dem linksextremistisch beeinflussten Teil der Anti-Globalisierungsbewegung und Rechtsextremisten, da Ersterer Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus grundsätzlich ablehnt.

Was haben nun aber Rechtsextremisten, Linksextremisten und Islamisten gemeinsam, und was trennt sie? Steht zu befürchten, dass die unterschiedlichen extremistischen Lager verstärkt zusammenarbeiten oder stehen die Zeichen weiter auf Konfrontation?

Zusammenarbeit von Rechts- und Linksextremisten

Ansätze einer Zusammenarbeit von Rechts- und Linksextremisten werden auch als "Querfrontstrategien" bezeichnet. Antiamerikanismus, Antiglobalisierung, Antikapitalismus und Antiimperialismus sind mögliche Knotenpunkte zwischen Rechts- und Linksextremismus, ebenso wie das gemeinsame Interesse, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland und ihre freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Damit einher gehen ständige Angriffe gegen die demokratischen Institutionen und Diffamierungen der Repräsentanten des Staates. Doch auch wenn sich beide Lager in ihrer Ablehnung einig sind, ist ihre Motivation gänzlich verschieden.

Ideologische Unterschiede

Für Linksextremisten stellt der Faschismus das Feindbild schlechthin dar, der Kampf gegen ihn ist die Grundlage der politischen Arbeit eines jeden Linksextremisten. Ein Zugehen auf Rechtsextremisten oder gar eine Zusammenarbeit mit ihnen kommt von vornherein nicht in Frage. Linksextremistische Ideologie ist vom Gleichheitsgedanken geprägt und strebt mehrheitlich auf der Basis der Lehren von Marx, Engels und Lenin eine sozialistisch-kommunistische Herrschaftsordnung an, den Sturz des Kapitals, die Diktatur des Proletariats oder auch die klassenlose kommunistische Gesellschaft. Insofern lehnen Linksextremisten etwa die Globalisierung auch nicht grundsätzlich ab, sie wenden sich vielmehr nur gegen ihre von wirtschaftlichen Interessen dominierte ("neoliberale") Ausprägung.

Rechtsextremistische Ideologie ist von einem völkischen Nationalismus bestimmt, der die ethnisch bestimmte Nation in den Mittelpunkt stellt und die eigene Nation in der Regel über andere erhebt. Das "Volk", in dem der Einzelne sich der Gemeinschaft unterordnen muss, wird der heu-

tigen, pluralistischen Gesellschaft vorgezogen ("Volkskollektivismus"). Verbunden damit sind ein fremdenfeindliches, oft mit rassistischen oder antisemitischen Inhalten behaftetes Gedankengut und der Wunsch nach einem Staat, dem eine starke Führungsfigur voransteht.

Unüberwindliche Barrieren

Diese gegensätzliche Motivation führt in der Regel zu unüberwindlichen ideologischen Barrieren. Die rechtsextremistischen Begriffe von Volk, Nation und Führertum steht den linksextremistischen der Gesellschaft, des Universalismus und der Gleichheit unversöhnlich gegenüber. Rassismus ist der linksextremistischen Ideologie ebenso fremd wie die kommunistische Gesellschaftsutopie dem Rechtsextremismus.

Doch ebenso wie es keine homogene "Rechte" gibt, gibt es keine homogene "Linke". So findet sich etwa keine einheitliche linksextremistische Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt. So genannte „antideutsche“ Gruppen, die Israel fast vorbehaltlos unterstützen und sich zum Schutz der jüdischen Bevölkerung für einen israelischen Nationalstaat einsetzen, stehen beispielsweise Anhängern der – auch innerhalb der linksextremistischen Szene isolierten – 'Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands' (MLPD) unversöhnlich gegenüber, die Israel mit Imperialismus und Faschismus gleichsetzen und das israelische Vorgehen gegen die Palästinenser als "zionistischen Staatsterror" ansehen. Antizionismus wiederum stellt durchaus einen möglichen Anknüpfungspunkt an rechtsextremistische Einstellungen dar. Auf rechtsextremistischer Seite nutzt der nationalrevolutionäre Flügel, der in der Frühphase der intellektuellen Neuen Rechten von Henning Eichberg repräsentiert wurde und zu dessen Protagonisten heute Horst Mahler zählt, linksextremistische Begriffe und bemüht sich, linke Ideologieelemente in ein völkisch-nationalistisches Gedankengebäude zu integrieren. Eine antibürgerliche Haltung und die Berufung auf Marx finden sich ebenso wie die Revolution als utopisches Ziel. Doch diejenigen Nationalrevolutionäre, die Rechts-Links-Bündnisse propagieren, stellen nur einen sehr kleinen Teil der rechtsextremistischen Szene dar, der von der Mehrheit nicht unterstützt wird.

Annäherungsversuche

Annäherungsversuche zwischen Links- und Rechtsextremisten werden ausschließlich von Rechtsextremisten initiiert. Ein bekanntes Beispiel ist die Beteiligung der NPD an Demonstrationen linker Gruppierungen gegen den Irak-Krieg oder die Globalisierung. Auch der 'Kampfbund Deutscher Sozialisten' (KDS) versucht, links- und rechtsextremistische Ideologieelemente zu vereinen, indem er das "liberalkapitalistische System" überwinden und für Deutschland einen "nationalen Sozialismus im Verbund des Europas der Vaterländer" etablieren will. Ein weiteres Beispiel ist die Zeitschrift 'Sleipnir', die sich als ein überparteiliches "national-revolutionäres" Theorieorgan versteht, das sowohl rechten als auch linken Nationalisten ein gemeinsames Forum bieten soll. Derartige Initiativen werden von der linksextremistischen Seite kategorisch abgelehnt.

Insgesamt ist eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Rechts- und Linksextremisten nicht zu erwarten. Für Linksextremisten kommt eine Annäherung genauso wenig in Frage wie für die überwältigende Mehrheit der Rechtsextremisten. Die wenigen Befürworter einer Zusammenarbeit unter den Rechtsextremisten sind relativ isoliert und erfahren keine größere Unterstützung.

Zusammenarbeit von Rechtsextremisten und Islamisten

Als ideologische Gemeinsamkeiten von Rechtsextremismus und Islamismus kommen Antiamerikanismus, Autoritarismus und eine antidemokratische Haltung in Betracht, aber auch Antizio-

nismus und Antisemitismus. Die ideologischen Beweggründe der islamistischen Extremisten unterscheiden sich jedoch wesentlich von denen der Rechtsextremisten. Für Islamisten steht der Islam im Zentrum aller Lebensbereiche. Er bestimmt über Gesellschaft, Recht, Wirtschaft und Politik und ist insofern untrennbar mit dem Staat verbunden. Die von Islamisten aufgrund ihrer eigenen Auslegung des Koran angestrebten Veränderungen in Staat und Gesellschaft sind in der Regel unvereinbar mit fundamentalen Prinzipien des Grundgesetzes, etwa hinsichtlich der Gleichstellung von Mann und Frau, der Anwendung von Körperstrafen sowie der Glaubens- und Meinungsfreiheit. Das langfristige Ziel von Islamisten ist – zumindest für einige Gruppierungen – die Weltherrschaft des Islam. Dies gilt als Utopie auch dann, wenn aus faktischen Gründen zunächst die Heimatländer oder die Aufenthaltsländer der jeweiligen islamistischen Gruppierungen islamisiert werden sollen.

Vorstellungen widersprechen sich

Rechtsextremismus und Islamismus stehen sich in vielen Bereichen unvereinbar gegenüber. Beispielsweise widersprechen sich die religiösen Vorstellungen von Rechtsextremisten, die sich als Beschützer der abendländischen Kultur – sei sie nun mit christlichen, atheistischen oder heidnischen Inhalten unterlegt – sehen, und die politisch motivierten, auf die religiöse Weltherrschaft zielenden islamistischen Ansätze. Die internationale Ausrichtung des Islamismus entspricht in keiner Weise der völkisch-nationalistisch geprägten rechtsextremistischen Ideologie. Ein Rassismus, wie er für große Teile des Rechtsextremismus kennzeichnend ist, ist dem Islam völlig fremd.

Annäherungsversuche

Dennoch hat es in der jüngeren Vergangenheit Versuche einer Annäherung gegeben. Der anfangs erwähnte Auftritt von Udo Voigt und Horst Mahler auf einer Veranstaltung der 'Hizb ut-Tahrir' etwa oder der im Jahr 2001 in Beirut geplante gemeinsame Kongress von arabischen Islamisten und international bekannten Holocaust-Leugnern (Revisionisten). Auf dieser Veranstaltung, die nach internationalen Protesten von der libanesischen Regierung untersagt wurde, sollte neben Horst Mahler unter anderem auch der Schweizer Islam-Konvertit Ahmed Huber sprechen. Huber gilt als einer der eifrigsten Verfechter einer Annäherung zwischen Rechtsextremismus und Islamismus, findet dafür jedoch in islamistischen Kreisen keine Unterstützung. Gleichwohl gibt es Kontakte insbesondere zwischen rechtsextremistischen Revisionisten und Extremisten aus der islamischen Welt.

Auch im Verhältnis zwischen Rechtsextremisten und Islamisten gehen Initiativen für eine Zusammenarbeit – soweit bekannt – von Rechtsextremisten aus. Öffentliche Aufmerksamkeit ist den Protagonisten sicher, selbst wenn gemeinsame Ziele und Vorgehensweisen nur schwer zu finden sind. Öffentlichkeitswirkung und Verbreitung ihrer Ideen streben durchaus auch Islamisten an, sie reagieren jedoch sehr distanziert auf rechtsextremistische Annäherungsversuche. Rechtsextremismus stellt für sie zwar kein direktes Feindbild dar – eine Ideologie, die zumindest in Teilen der ihren entspricht, können sie im Rechtsextremismus aber nicht wahrnehmen. Eigene Initiativen von Islamisten zur Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten wurden bisher nicht bekannt.

Letztlich wird es vermutlich nicht zu einer Kooperation zwischen Islamisten und Rechtsextremisten auf breiter Basis kommen. Zu gering ist die Unterstützung in den jeweiligen Lagern, zu groß sind die ideologischen Unterschiede.

Zusammenarbeit von Linksextremisten und Islamisten

Gemeinsame Ideologieelemente von Linksextremisten und Islamisten sind die internationale Ausrichtung und die antiamerikanische Haltung. Mit Teilen der Linksextremisten verbindet Islamisten außerdem die antizionistische Einstellung.

Unvereinbare Gegensätze

Die unvereinbaren Gegensätze überwiegen jedoch auch im Verhältnis zwischen Linksextremisten und Islamisten. Der Glaube als zentraler Bestandteil des islamistischen Weltbildes oder gar religiöser Fanatismus ist Linksextremisten völlig fremd; linksextremistische Ideologie erscheint den Islamisten als gottlos. Zudem streben beide Seiten – wenn auch utopisch – nach der Weltherrschaft, wobei Marxismus und Islamismus nicht gleichzeitig herrschen können. Auch der islamistische Autoritarismus und der linksextremistische Gleichheitsgedanke stehen sich diametral gegenüber.

Hiervon zu unterscheiden sind die Gemeinsamkeiten zwischen deutschen und ausländischen Linksextremisten, die auf der gleichen politischen, linksextremistischen Weltanschauung beruhen. Die gleiche Weltanschauung reicht jedoch als Grundlage für eine Zusammenarbeit noch nicht aus. Entscheidend ist zusätzlich, dass ausländische linksextremistische Organisationen als Befreiungsorganisationen akzeptiert werden. So unterstützen deutsche Linksextremisten seit längerem die kurdische Befreiungsbewegung; teilweise haben sie sich sogar am bewaffneten Kampf der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die heute den Namen KADEK (Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans) trägt, beteiligt. Ebenso gibt es Hinweise auf eine – zumindest angestrebte – Zusammenarbeit zwischen Antifa-Gruppen und linksextremistischen Ausländerorganisationen.

Annäherungsversuche

Ansätze oder aktive Bestrebungen zur Zusammenarbeit zwischen Linksextremisten und Islamisten gibt es nicht, gemeinsame Auftritte oder Demonstrationen finden nicht statt. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass sich daran in absehbarer Zeit etwas ändern wird. Teile der Rechtsextremisten sind bereit, auf der Basis weniger gleicher Interessen die Zusammenarbeit zu suchen, um Kräfte und Potentiale zu bündeln. Dabei klammern sie bewusst die eigentlich unterschiedlichen Interessen und Ziele sowie die Frage danach aus, was auf die Zusammenarbeit folgt, wenn sie tatsächlich erfolgreich sein sollte. Linksextremisten und Islamisten sind zu solchen Kompromissen nicht bereit. Sie beharren auf ihren ideologischen Grundlagen und lehnen davon abweichende Meinungen strikt ab. Ein Dialog oder gar eine Kooperation kann auf diese Weise nicht zu Stande kommen.

Fazit

Rechtsextremisten, Linksextremisten und Islamisten werden sich voraussichtlich auch in Zukunft im Wesentlichen auf sich selbst und ihre eigenen Feindbilder konzentrieren. Für Personen und Gruppierungen, die bereits innerhalb der deutschen Gesellschaft isoliert sind, ist die Aussicht, sich zusätzlich noch im eigenen Lager zu isolieren, wenig ermutigend. Es ist damit zu rechnen, dass – wenn überhaupt – von rechtsextremistischer Seite aus vereinzelte Annäherungsversuche stattfinden werden, die jedoch bei Linksextremisten nicht und auch bei den wenigsten Islamisten auf Gegenliebe stoßen dürften.